



CDU

LANDTAGSFRAKTION
BADEN-WÜRTTEMBERG

16. Landtag von Baden-Württemberg, 47. Sitzung

Mittwoch, 15. November 2017, 10:00 Uhr

Rede

des Vorsitzenden der CDU-Fraktion
im Landtag von Baden-Württemberg,

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL,

zur

Ersten Beratung des Staatshaushaltsplans 2018/19

Es gilt das gesprochene Wort.

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL:

Frau Präsidentin,

verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Baden-Württemberg setzt mit dem Doppelhaushalt 2018/19 seinen Weg in eine gute und erfolgreiche Zukunft fort.

Wir machen das Land mit diesem Haushalt und mit unserer Politik noch stärker, noch sicherer, noch erfolgreicher, noch attraktiver und noch innovativer.

Wir erhalten unsere Stärken und investieren in neue Chancen.

Wir geben Antworten auf die Herausforderungen des Wandels.

Und wir machen den Pfad der Konsolidierung unumkehrbar!

Das ist schon heute eine bleibende Leistung dieser Koalition aus CDU und Grünen.

Es ist wahr: Das Land profitiert – ebenso wie der Bund und die Kommunen – von einem anhaltenden Aufschwung und von sprudelnden Steuerquellen.

Das ist zuallererst ein Grund zur Freude, denn es spricht für die ökonomische Stärke des Landes!

Und es zeigt, dass Beschäftigte, Unternehmen und Politik gemeinsam vieles richtig machen!

Die Wirtschaftsweisen haben letzte Woche die Wachstumsprognose für dieses Jahr von 1,4 auf 2,0 Prozent erhöht.

Für nächstes Jahr rechnet der Sachverständigenrat mit einer BIP-Steigerung von 2,2 Prozent und befürchtet sogar schon eine Überhitzung.

Die guten Aussichten spiegeln sich natürlich auch in der neuen Steuerschätzung wider.

Manche sprechen daher schon von „*Deutschlands goldenem Jahrzehnt*“.

Tatsächlich: Seit der Ölkrise der 70er Jahre hat es bisher nur eine Wachstumsphase gegeben, die noch länger anhielt: den Boom von 1982 bis 1992.

Auch in Baden-Württemberg laufen die Geschäfte branchenübergreifend rund und robust.

Die Industrie im Land freute sich zuletzt über ein weiteres Auftragsplus von über 6 Prozent im Jahresvergleich.

Unser Wachstum ist gesund und nachhaltig.

Das alles sind gute Nachrichten für unseren Wohlstand im Land und für die Menschen in Baden-Württemberg!

Bei aller Freude über starke Wachstumszahlen, Steuer- und Beschäftigungsrekorde sollten wir aber auch die Risiken im Blick halten.

Die anhaltende Terrorbedrohung, zahlreiche internationale Krisen, die Unwägbarkeiten des Brexits – all das hängt nach wie vor über uns wie ein Damokles-Schwert.

Hinzu kommen die möglichen Folgen von Fachkräftemangel und Zinswende.

Deshalb ist unsere Maxime: In guten Jahren muss das Haus bestellt werden!

Wir geben das Geld nicht einfach aus. Wir legen es klug und sicher für die Zukunft des Landes an.

Damit machen wir uns auf den Weg in eine „*investive Gesellschaft*“, wie sie der Publizist Paul Nolte fordert.

Es geht darum, die Spielräume jetzt zu nutzen, um Baden-Württemberg stark und wetterfest zu machen, zu investieren und vorzusorgen.

Das tun wir in diesem Haushalt – mit der richtigen Balance, mit wegweisenden Schwerpunkten und strategischen Zielen für unser Land!

Ich gebe zu: Die hohen Steuereinnahmen sind ein Glücksfall für die Landeskassen.

Es ist nicht unredlich, Glück zu haben.

Und es ist ja durchaus das Glück des Tüchtigen:

Deutschland hat durch mutige Reformen und durch die richtigen Entscheidungen in der Finanz- und Wirtschaftskrise vor zehn Jahren ein solides Fundament des Erfolgs gelegt.

Auch wir hier im Land haben den scharfen Konjunkturinbruch seinerzeit unter CDU-Verantwortung mit einem eigenen Landesinvestitionsprogramm abgedeckt.

So haben wir maßgeblich mitgeholfen, dass Betriebe und Beschäftigung im Land die Krise bruchlos überstanden haben.

Ja, wir haben Glück. Aber wir machen etwas draus. Wir packen das Glück beim Schopfe. Und darauf kommt es an!

Bei Glück zählt Klugheit doppelt!

Die Koalition aus CDU und Grünen hat frühzeitig dafür gesorgt, dass wir mit den Mehreinnahmen gezielt den Sanierungsstau im Land abbauen können.

Die Änderung in der Landeshaushaltsordnung erlaubt es uns, auf breiter Front und wirksam in die Substanz des Landes zu investieren.

Das erweist sich jetzt als **goldrichtig!**

Denn was wäre, wenn wir diesen Weg nicht eingeschlagen hätten?

Kein Schuldach könnte mit den sprudelnden Steuermillionen neu gedeckt, keine Brücke saniert, kein Forschungsgebäude auf Stand gebracht werden.

Denn klar ist – das weiß jeder Häuslebauer: Aufgeschobene Instandhaltungen kosten doppelt.

Deshalb handeln wir:

1,65 Milliarden Euro stellen wir im neuen Doppelhaushalt für die Modernisierung von Straßen, Brücken, Hochschulbauten, Uniklinika, Gerichtsgebäuden, Polizeirevieren bereit.

Das wird man schon bald überall im Land merken – und zwar flächendeckend.

Die Erhaltungsoffensive für unsere Landesstraßen geht weiter:

Nach 90 Millionen extra, die die CDU-Fraktion in diesem Jahr für die Landesstraßen durchgesetzt hatte, gibt es 2018 und 2019 jeweils weitere 100 Millionen zusätzlich.

Gut ausgebaute Landesstraßen sind Lebensadern in Baden-Württemberg – gerade dort, wo keine Autobahnen oder Fernstraßen verlaufen.

Sie erschließen und verbinden unsere ländlichen Räume und garantieren, dass Wertschöpfung und Wirtschaftskraft bei uns auf den Dörfern genauso zu Hause sind wie in den städtischen Zentren.

Wir sorgen dafür, dass der ländliche Raum angebunden bleibt und Anschluss hält.

Das ist seit jeher CDU-Politik. Und das liegt uns auch für die Zukunft sehr am Herzen!

Wir pflegen und mehren das öffentliche Vermögen im Land.

Und wir sorgen damit vor allem dafür, dass der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg auch in Zukunft weiter brummt.

Denn das geht eben nur mit leistungsstarken Verkehrswegen, intakten Gebäuden und modernen öffentlichen Einrichtungen.

Die Sanierungs- und Investitionsprogramme dieses Haushalts sind eine Generationenleistung.

Wir nehmen es in Angriff, den über Jahrzehnte aufgelaufenen Investitionsstau aufzulösen.

Denn wir wollen, dass unser Land nicht nur heute, sondern auch in 10 Jahren noch Wachstum ermöglicht und gute Steuereinnahmen erwirtschaftet.

Das muss unser Anspruch sein, und dafür stehen wir mit diesem Doppelpaket.

Wir finanzieren damit das Wachstum von morgen!

So verwandeln wir die Gunst des Moments in einen dauerhaften Vorteil für Baden-Württemberg!

Zum Erhalt der produktiven Kräfte unseres Landes rechne ich ganz ausdrücklich auch den Schutz der Natur und der Artenvielfalt.

Wir wissen: Jede Investition in den Schutz von Lebensräumen und Ökosystemen kommt auf lange Sicht auch unserem eigenen Wohlstand zugute.

Die Natur mit ihrer Biodiversität ist ein wertvoller Dienstleister für uns Menschen, der ganz konkrete ökonomische Bedeutung hat.

Der volkswirtschaftliche Beitrag der Bienen etwa wird allein auf weltweit jährlich 200 Milliarden Euro geschätzt.

Artenschutz ist also keine Naturromantik, sondern ein lohnendes Investment.

Deshalb unterstützen wir als CDU-Fraktion die Stärkung der Naturschutzstrategie mit weiteren 23 Millionen Euro.

Und wir begrüßen das geplante Sonderprogramm zur Erhaltung der biologischen Vielfalt mit zweimal 18 Millionen für das Landwirtschafts- und für das Umweltressort.

Ich will unterstreichen: Erfolgreicher Naturschutz gelingt nicht gegen die Landwirtschaft, sondern nur mit ihr.

Unsere Landwirte wirken mit am Schutz der natürlichen Ressourcen und an der Pflege unserer reichen Landschaften.

Denn beides ist schützenswert: die biologische Vielfalt ebenso wie die wirtschaftliche Erzeugung regionaler und gesunder Lebensmittel aus Baden-Württemberg.

Das ist uns wichtig und bleibt für uns ein zentraler Punkt!

Der Doppelhaushalt 2018/19 ist ein Haushalt der aktiven Generationengerechtigkeit.

Die deutliche Aufstockung der Vorsorge für die künftigen Beamtenpensionen ist dazu ein wichtiger Beitrag.

Wir wissen, welche hohen Ausgaben hier langfristig auf uns zukommen.

Den Versorgungsfonds haben wir schon 2007 während der Regierung Oettinger eingerichtet.

Das Sondervermögen steht heute bei 6,6 Milliarden Euro.

Mit den Entscheidungen in diesem Haushalt wird er bis Ende 2019 auf 7,8 Milliarden anwachsen.

Ab dem 1.1.2020 werden wir für jede neue Beamtenstelle im Land pro Monat 1.000 Euro zurücklegen.

Wir sind es unseren Kindern und Enkeln schuldig, entschiedener und realistischer für die Pensionsverpflichtungen vorzusorgen.

Genauso schulden wir unseren pensionierten Beamten eine verlässliche Versorgung.

Auch dieser Herausforderung stellen wir uns!

Aber noch darüber hinaus markiert dieser Haushalt eine wirklich historische Trendwende:

Zum ersten Mal seit 1969 – also seit fast einem halben Jahrhundert! – bezahlt das Land tatsächlich und effektiv Schulden zurück.

Um eine halbe Milliarde Euro verkleinern wir den baden-württembergischen Schuldenberg durch direkte Tilgung.

2008 standen wir schon einmal kurz davor, in die Schuldentilgung einzusteigen.

Dann hat die Finanzkrise unsere Pläne überholt.

Jetzt wird es gelingen! Wir schaffen damit einen echten Durchbruch.

Mir war es persönlich wichtig, hier ein klares Zeichen zu setzen.

Deshalb habe ich früh für einen Abbau von Altschulden plädiert.

Tilgen **und** investieren! – So unterstreichen wir, dass wir es ernst meinen mit unserer Verantwortung für kommende Generationen.

Dieser doppelte Weg ist nicht zuletzt auch deshalb geboten, um eine Überauslastung unserer Volkswirtschaft zu vermeiden.

Mit dem Blick auf die optimistischen Prognosen bin ich überzeugt:

Wenn kein größeres Schock-Ereignis die gute Konjunktur schwächt, können wir es nicht bei einer Einmal-Aktion belassen.

Die 500 Millionen Euro Altschulden, die wir jetzt abbezahlen, sind ein erster Schritt, dem weitere folgen sollten.

Wir müssen auf einen strategischen Abbaupfad einbiegen, um die Schuldenlast des Landes nach und nach abzutragen!

Dazu gehört, dass wir die Praxis stoppen, nicht verbrauchte Verschuldungsrechte durch die Haushaltsjahre zu schieben.

Im Haushalt stecken dadurch faktisch seit Jahren verdeckte Schulden in der Größenordnung von 1,5 Milliarden Euro.

Hier liegt ein Problem.

Denn die Schuldenbremse kommt 2020.

Und dann können alte Verschuldungsrechte nicht mehr eingelöst werden.

Aus den alten Kreditermächtigungen würde plötzlich ein ganz reales Haushaltsloch.

Wir werden die alten Kreditermächtigungen jetzt ablösen.

Wir beenden diese Form der Bilanzakrobatik.

Wir machen den Landeshaushalt mit Blick auf die Schuldenbremse ehrlich und hinterlegen die ungedeckten Ausgaben der Zukunft mit echtem Geld, statt mit virtuellen Schulden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Doppelhaushalt 2018/19 ist ein Meilenstein in der Landesgeschichte.

Diese Koalition schafft, was seit Jahrzehnten nicht geschafft wurde.

1,9 Milliarden Abbau impliziter Schulden, eine halbe Milliarde Euro Abbau von direkten Kreditmarktschulden, Bereinigung der alten Kreditermächtigungen; dazu 600 Millionen strukturelle Einsparungen in den Ressorts –

– schon lange war die Bilanz des Landes nicht mehr so ausgewogen!

Zu unserer haushaltspolitischen Verantwortung gehört für mich entscheidend, dass wir auch die Kommunen im Land gut ausstatten.

Ich sage klar: Unseren Kreisen, Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg geht es so gut wie nie!

Sie profitieren von einer sehr günstigen Entwicklung in den letzten zehn Jahren:

Von 2006 bis 2016 sind die kommunalen Einnahmen um 56 Prozent gewachsen.

Das ist deutlich besser als die Entwicklung beim Land.

In Summe haben die baden-württembergischen Kommunen seit 2007 7,6 Milliarden Euro mehr eingenommen, als sie ausgegeben haben.

[Sie sitzen also durchaus gut gepolstert.]

Auch für die Zukunft sagen die Steuerschätzer den Städten und Gemeinden noch einmal stattliche Mehreinnahmen voraus:

Über 1,3 Milliarden Euro stehen den Kämmerern bis 2019 nach neuesten Zahlen mehr als bis her geplant zur Verfügung.

Hinzu kommen bald noch weitere munter sprudelnde Finanzierungsquellen – wie etwa die Milliardenprogramme des Bundes, die den Kommunen hierzulande bis 2022 fast eine halbe Milliarde Euro in die Kassen spülen.

Mit Fug und Recht können wir sagen: In ganz Deutschland stehen die Kommunen in keinem Land so

gut da wie bei uns.

Das ist gut, und darauf sind wir stolz. Denn wir wollen starke, stabile und leistungsfähige Kommunen.

Wir wollen, dass sie ihre wichtigen Aufgaben für die Menschen im Land gut und verlässlich erfüllen können.

Deshalb beteiligen wir die Kommunen zusätzlich zu ihren eigenen, erheblichen Steuermehreinnahmen auch noch freiwillig an den originären Mehreinnahmen des Landes.

380 Millionen Euro gehen bis 2019 in den kommunalen Sanierungsfonds, den wir neu aufgelegt haben.

Gut 300 Millionen davon werden zusätzlich zur normalen Förderung für die Sanierung von Schulen zur Verfügung stehen.

Denn wir wissen: Investitionen in moderne Schulen sind direkte Investitionen in die Zukunft.

Lernerfolg braucht eine gute Lernumgebung.

„Zukunft kann man bauen“, hat Saint-Exupéry einmal gesagt.

Wir finden, Schulhäuser *sind* gebaute Zukunft!

Dafür engagieren wir uns gerne an der Seite unserer Kommunen!

Auch an anderen Stellen kommen wir den Kommunen finanziell erheblich entgegen – von den Wohnkosten für Flüchtlinge bis zur Kleinkindbetreuung.

Allein für die Kleinkinderbetreuung überweisen wir in den nächsten beiden Jahren rund 1,9 Milliarden Euro an die Gemeindekassen.

Fazit: Unsere Landkreise, Städte und Gemeinden fahren gut mit dieser Koalition und mit dieser Landesregierung.

Die faire Partnerschaft mit den Kommunen gehört seit Jahrzehnten zu den Markenzeichen der CDU-Politik hier in diesem Haus.

Diese faire Partnerschaft setzen wir gerne fort!

Dafür stehen wir!

Der Doppelhaushalt 2018/19 ist ein Haushalt der Investitionen und der Nachhaltigkeit.

Er ist auch ein Haushalt der klaren strategischen Gestaltung.

Ein zentraler Schwerpunkt ist die Digitalisierung.

Sie ist ein Schlüsselthema, wenn wir auch in Zukunft Innovationsland Nummer 1 in Europa bleiben wollen.

Mit unserer Digitalisierungsstrategie und ihren 67 Leuchtturmprojekten steuern das Land auf die Überholspur in die digitale Zukunft.

Was wir hier in Gang setzen, ist bundesweit Spitze.

Bis zum Ende der Wahlperiode setzen wir rund 1 Milliarde Euro für die Digitalisierung ein.

Der Doppelhaushalt enthält 265 Millionen für innovative Digitalisierungsvorhaben aus allen Lebensbereichen – von der Mobilität über digitales Lernen bis hin zur Landwirtschaft 4.0.

Das ist eine klare Ansage: Wir wollen Baden-Württemberg zu einem Hot-Spot der Digitalisierung machen, zum Vorreiter und Gestalter des digitalen Wandels.

Neben den Projektmitteln gehen 2018 und 2019 weitere 210 Millionen in den Breitbandausbau.

Das sind dann im dritten Jahr in Folge dreistellige Millionenbeträge für die digitale Infrastruktur.

Verglichen mit früheren Jahren stoßen wir damit in ganz neue Dimensionen vor!

Auch das übrigens ist Geld, das unmittelbar den Kommunen zugutekommt – und zwar auch hier bis in jedes Dorf.

Denn eine schnelle Internetanbindung verbessert die Standortqualität, macht Gewerbestandorte wertvoller und Wohnlagen attraktiver.

Aber Digitalisierung heißt natürlich nicht nur Datenkabel und Netzzugänge.

Sie verändert die ganze Gesellschaft. Diese Veränderung ist hier im Land schon in vollem Gang.

Gerade unsere Unternehmen – von Industrie bis Mittelstand – spüren den Wandel.

Baden-Württemberg beliefert die Welt mit hoch innovativen Systemleistungen: High-Tech-Maschinen, Premiumautos, komplexen Anlagen.

Das sind ideale Einsatzgebiete für digitale Technologien.

Die Großen unserer Leitbranchen stehen hier schon heute an der Spitze.

Bosch etwa ist der Konkurrenz aus dem Silicon Valley beim autonomen Fahren technologisch um Längen voraus.

Mich treibt um, dass auch unsere Mittelständler – vom Handwerker bis zum „Hidden Champion“ – Schritt halten mit der rasanten Entwicklung.

Deshalb werden wir sie unter anderem mit regionalen Digitalisierungszentren gezielt unterstützen

Wir werden digitale Kompetenzen vernetzen, digitale Dienste breit zugänglich machen und den Wissenstransfer fördern.

Für diese „Digital Hubs“ stellen wir Mittel in zweistelliger Millionenhöhe bereit.

Es geht darum, dass die digitalen Möglichkeiten auch in den Betrieben produktiv werden, die sie sich aus eigener Kraft nicht verschaffen könnten.

Das ist das Ziel unserer Mittelstandspolitik im Zeichen von „Wirtschaft 4.0“.

Unser Mittelstand und unser Handwerk sind das wertvolle ökonomische Kernkapital des Landes.

Es ist eine vitale Frage, ob hier die digitale Transformation gelingt.

Für die CDU-Fraktion ist das ein ganz großes Thema, an dem wir dran bleiben werden!

Genauso wichtig für den dauerhaften Erfolg des Standorts Baden-Württemberg ist eine dynamische, kreative Gründerkultur.

Wir wollen Baden-Württemberg zu einem attraktiven und weltweit sichtbaren Gründerland machen. Das ist unser festes Ziel!

Denn wir brauchen die innovative Energie von Start-up-Unternehmen.

Sie hilft uns, die traditionellen technologischen Stärken des Landes mit neuem Denken zu

verknüpfen.

Ich sage: Wir brauchen die Konkurrenz aus Kalifornien nicht zu fürchten.

Aber wir können sicher einiges vom „Californian Spirit“ lernen.

Deshalb sind die 34 Millionen Euro für den Seed- und Wagniskapitalfonds gut investiertes Geld.

Darauf haben wir Wert gelegt.

Als führendes Innovationsland brauchen wir auch eine führende Innovationskultur!

Das ist unser Credo in der CDU-Fraktion.

Der technologische Wandel wird auch die Mobilität im Land verändern.

Neue Antriebe, innovative Dienste, autonomes Fahren sind nur einige Stichworte.

Wir stellen uns darauf ein und bringen die Dinge buchstäblich in Bewegung:

Mit 40 Millionen Euro realisieren wir Ideen für die Mobilität der Zukunft.

Weitere 43 Millionen wollen wir bis 2021 in den Ausbau und in die Marktfähigkeit der Elektromobilität investieren – unter anderem mit dem 2.000-Ladesäulen-Programm.

Damit sind wir sehr gut unterwegs und positionieren das Autoland Baden-Württemberg hervorragend für die Mobilität von morgen.

Mehr noch als von unserem Erfolg auf dem Weg der Digitalisierung hängt unser Wohlstand der Zukunft ab vom Bildungserfolg unserer Kinder.

Hier haben wir ein echtes Problem.

Unser Bildungswesen hat vor wenigen Jahren auch nach objektiver Expertenmeinung noch ausgezeichnet funktioniert.

Alle Bildungsvergleiche belegen das.

Heute sind wir mit unseren Schulen aber bestenfalls noch Mittelmaß – zum Teil sogar ernsthaft abstiegsbedroht.

Viele bildungspolitische Experimente, die uns auch hier an dieser Stelle als Heilsversprechen

verkündet worden sind, haben sich als fatale Irrtümer erwiesen.

Und manche hehre Idee hat in der Praxis schlicht versagt.

Ich hoffe, wir sind uns in diesem Haus alle einig:

So wie es ist, kann es nicht bleiben. Das hintere Mittelfeld ist nicht der Platz für Baden-Württemberg!

Wir müssen unsere Schulen zurück auf Qualitäts-kurs bringen – und das ohne ideologische Scheuklappen!

Das tun wir mit aller Entschlossenheit und mit dem nötigen langen Atem.

Dabei stützen wir uns auf valides Wissen und echte Profis und eben nicht mehr auf politische Doktrinen oder fragwürdige Lehren.

Wir haben in den Regierungsfractionen drei große Experten-Anhörungen gemacht zu den Themen Qualität, Fortbildung und Schulleitung.

Es geht um messbaren Erfolg und nicht um bildungspolitische Gesinnung.

Das absolute Ziel heißt: guter Unterricht!

Dafür stärken wir Lesen, Schreiben und Rechnen in den Grundschulen mit acht zusätzlichen Stunden.

Denn Qualität beginnt am Anfang.

Deshalb ist es selbstverständlich richtig, dass die korrekte deutsche Rechtschreibung überall vom ersten Schultag an gilt.

Und deshalb ist es genauso richtig, dass es an allen Grundschulen Noten gibt.

Wir bringen 1.400 Lehrer mehr in den Unterricht, als zuletzt noch vom SPD-Kultusminister geplant.

Wir stärken die Realschulen mit einem attraktiven pädagogischen Profil, mit mehr Differenzierung und weiteren Poolstunden.

Das ist für uns als CDU-Fraktion schon jetzt eine ganz elementare Errungenschaft in dieser Legislaturperiode.

Die Realschule ist und bleibt die starke, breite Mitte unseres Bildungssystems!

Wir helfen den Schulen mit über 300 zusätzlichen Lehrerstellen bei der Inklusion.

Und wir schaffen 200 neue Studienplätze für Lehrer, damit wir die zusätzlichen Stellen auch besetzen können.

„Nur eines ist teurer als Bildung: keine Bildung“. Wir kennen diesen Satz von John F. Kennedy.

Mit fast 11,4 Milliarden Euro im Jahr 2019 eilt der Bildungsetat weiter von Rekord zu Rekord.

Gegenüber 2016 werden die jährlichen Bildungsausgaben mit diesem Doppelhaushalt um 1,1 Milliarden Euro steigen.

Das zeigt: Bildung gehört uneingeschränkt zu den Top-Prioritäten unserer Politik.

Aber die Forderung kann nicht immer nur sein: Mehr Geld für Bildung!

Sie muss heißen: Mehr Bildung fürs Geld!

Denn es zeigt sich: Dem baden-württem-bergischen Bildungswesen fehlt es nicht an Geld.

Es fehlt an einem klaren, einheitlichen und verbindlichen Qualitätsbegriff.

Daran müssen wir und daran werden wir arbeiten!

An unseren öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg arbeiten rund 137.000 Lehrerinnen und Lehrer.

Insgesamt beschäftigt das Land gut 310.000 Menschen im öffentlichen Dienst.

Wir brauchen motivierte und qualifizierte Beschäftigte und Beamte.

Denn auch die Aufgaben für die öffentliche Verwaltung werden immer anspruchsvoller.

Ich danke allen, die für unser Land und damit für uns alle täglich ihren Dienst tun.

Die Sachkenntnis, die Loyalität und das Engagement unserer Staatsdiener sind ein wahrer Schatz für unser Land.

Das Land muss deshalb ein attraktiver und wettbewerbsfähiger Arbeitgeber bleiben.

In Baden-Württemberg herrscht Vollbeschäftigung – bei einer Arbeitslosigkeit von gerade einmal noch 3,3 Prozent.

Immer mehr Stellen bleiben unbesetzt; in einigen Branchen herrscht Fachkräftemangel.

Wir müssen etwas bieten können, wenn wir gute Leute für den Landesdienst gewinnen wollen.

Deshalb werden wir die ungerechten und motivationsfeindlichen Gehaltsabschläge für junge Beamtinnen und Beamte abschaffen!

Im nächsten Jahr bekommen alle Beamten vom ersten Tag an wieder volles Gehalt.

Das war eine Forderung unseres Wahlprogramms.

Und wir haben geliefert – schnell und zuverlässig!

Ohne einen starken öffentlichen Dienst gibt es keinen starken Staat.

Wir setzen auf den starken Staat und auf ein sicheres Baden-Württemberg.

Es ist unser erklärtes Ziel, die Menschen im Land bestmöglich gegen Terror, Kriminalität und Gewalt zu schützen.

Die konsequente Sicherheitspolitik dieser Koalition trägt die unverkennbare Handschrift der CDU!

Wir sind mitten in einer beispiellosen Sicherheits-offensive in der Geschichte dieses Landes.

Wir werden 1.500 zusätzliche Stellen bei der Polizei schaffen.

Diese Zusage aus dem Koalitionsvertrag setzen wir weiter mit großen Schritten um.

Der Doppelhaushalt enthält weitere 400 neue Stellen für zusätzliche Polizistinnen und Polizisten.

Und ja: Wir werden diese zusätzlichen Polizeibeamten natürlich auch ausbilden können.

Darauf kann sich jeder verlassen!

Wir wollen, dass unsere Polizei überall im Land sichtbar und präsent für Sicherheit sorgt.

Rechtsfreie Räume und „No-Go-Areas“ wird es mit uns auch in Zukunft nicht geben.

Im Kampf gegen Einbrüche hat unsere Polizei schon klare Erfolge geschafft:

10 Prozent weniger Einbrüche und eine um 20 Prozent verbesserte Aufklärungsquote – das ist eine wichtige, gleich doppelte Trendwende!

Sicherheit ist kein Luxusgut. Sie ist elementar und Kernbestandteil des Staatsauftrages.

Deshalb erhöhen wir in diesem Haushalt die Investitionen in die Sicherheit der Bürger noch einmal kräftig.

Neben zusätzlichem Personal rüsten wir unsere Polizei mit modernen Fahrzeugen und neuester Technik aus.

Und mit dem neuen Polizeigesetz geben wir unseren Sicherheitskräften auch die Befugnisse, wirksam für Sicherheit zu sorgen und schwerste Straftaten zu verhindern.

Wir stellen damit sicher, dass unsere Ermittler den Bedrohungen unserer Zeit nicht blind und taub hinterher laufen, sondern immer einen Schritt voraus sind.

Wir werden das Gesetzespaket ja direkt im Anschluss beraten und verabschieden.

Auch damit setzen wir bundesweit Maßstäbe für ein mögliches Maximum an Sicherheit im Land!

Polizeiarbeit ist heute anspruchsvoller denn je.

Ich danke allen Polizistinnen und Polizisten, die Tag für Tag für unsere Sicherheit arbeiten.

Ihre Arbeit gewährleistet, dass unser öffentliches Leben überhaupt erst möglich ist.

Wir meinen: Es ist unsere Pflicht als Parlament, dafür zu sorgen, dass diese Arbeit unter guten und erfolgreichen Bedingungen stattfindet!

Dazu gehört auch: Wir schaffen neue Stellen für Richter und Staatsanwälte, damit Straftäter auch schnell und konsequent verurteilt werden.

Ein starker Rechtsstaat braucht eine handlungsfähige Justiz.

Wir setzen auf den Rechtsstaat. Und wir wollen ihn auch durchsetzen!

Baden-Württemberg ist ein offenes, ein vielfältiges, ein freies Land.

Aber es gelten klare Regeln. Darauf bestehen wir – auch in Zeiten neuer Herausforderungen.

Deshalb: Bei der Sicherheit gibt es mit uns auch in Zukunft keinen Rabatt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Politik hier im Landtag – gerade auch unsere Haushaltspolitik – steht immer auch im Kontext von Entscheidungen in Berlin.

Dort wird gerade über „Jamaika“ verhandelt – gewissermaßen also eine um die FDP veredelte schwarz-grüne Koalition.

Natürlich haben wir aus Landessicht auch klare Erwartungen an dieses neue Regierungsbündnis.

In einem hochdynamischen Umfeld braucht Deutschland in den nächsten vier Jahren eine Politik, die wirtschaftliche Dynamik ermöglicht, die Mut macht und Neugier weckt auf die Zukunft.

Das ist der Auftrag für die neue Koalition.

Und das müssen die Agenda und die Ergebnisse dann auch abbilden.

Jamaika muss politisch Sinn machen für Deutschland – und zwar über die reine Mehrheitsarithmetik hinaus!

Die Steuerschätzung zeigt: Der Bund hat erhebliche finanzielle Spielräume.

Im November 2010 bezifferten die Steuerschätzer die Gesamteinnahmen des Bundes noch auf 224 Milliarden Euro.

Die aktuelle Steuerschätzung geht davon aus, dass allein der Bund im Jahr 2022 über 360 Milliarden einnehmen wird.

Das ist eine Steigerung von mehr als 60 Prozent.

Die Wirtschaftsweisen empfehlen ja nicht zuletzt deshalb in ihrem neuen Jahresgutachten ausdrücklich die Entlastung der Bürger.

Es ist tatsächlich kaum noch vermittelbar, dass bei einer solchen Einnahmentwicklung die Steuerlast für die Bürger immer noch weiter steigt.

Steuerentlastungen wurden oft versprochen, die Steuerzahler aber immer wieder vertröstet.

Der Aufschwung muss jetzt auch bei denen ankommen, die ihn Tag für Tag erwirtschaften.

Daher bin ich überzeugt, dass der künftige Bundeshaushalt genug Luft hat, um zumindest den Solidaritätszuschlag abzuschaffen.

Das wäre gerade auch für den Mittelstand in Baden-Württemberg ein wichtiges Signal.

Gleiches gilt für die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung für Unternehmen.

Die baden-württembergische Wirtschaft ist stark, weil sie besonders forschungsstark ist.

Wir sind weltweit konkurrenzlos bei Forschung und Entwicklung.

Baden-Württemberg allein stemmt ein Drittel der Forschungsausgaben der gesamten deutschen Wirtschaft.

Dass die Unternehmen ihren Forschungsaufwand auch steuerlich geltend machen können, wäre also gerade für uns eine strategische Standortfrage und eine echte Zukunftsinvestition.

Im Interesse von Wirtschaft und Bürgern erwarten wir außerdem eine bundeseinheitliche, wirksame, rechtssichere und praxistaugliche Lösung des Luftreinhalungsproblems.

Auch hier muss Jamaika liefern!

Und schließlich: Politik in Deutschland heißt immer Bund und Länder.

Ich kann nur warnen: Wir sollten die Länder in ihrer Eigenstaatlichkeit nicht weiter aushöhlen.

Der Ausverkauf der föderalen Länderrechte darf nicht noch weiter gehen.

Wir wollen starke, eigenberechtigte und selbstbewusste Länder und keine Verwaltungsdepartements des Bundes.

Der Föderalismus ist keine Folklore. Er ist in unserer Bundesrepublik das Prinzip schlechthin.

Deshalb: Hände weg vom Kooperationsverbot!

Die Kulturhoheit der Länder ist Kernelement unserer Staatsarchitektur.

Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben sich etwas dabei gedacht.

Wir sollten sie nicht leichtfertig und kurzfristig preisgeben! Das ist unsere tiefe Überzeugung.

Vor genau 70 Jahren hat Alfred Müller-Armack den Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ geprägt.

Bis heute steht dieser Begriff für eine Ordnung der Freiheit in Verantwortung.

Unser Land Baden-Württemberg mit seinem starken Mittelstand, mit seiner aktiven Daseinsvorsorge, mit seinen vielen Ehrenamtlichen ist ein Musterland der Sozialen Marktwirtschaft.

Es ist ein Modell für Wohlstand, Zusammenhalt und Chancen für alle! Darauf können wir stolz sein.

Wir stellen die Weichen, damit es so bleibt, und machen unser Land stark für eine spannende Zukunft.